

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Thomas Gebhart (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums des Innern und für Sport

### Polizei

Die **Kleine Anfrage 817** vom 25. Juni 2007 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie sehen die derzeitigen Pläne der Landesregierung hinsichtlich der künftigen räumlichen Unterbringung der Polizeiinspektion Germersheim aus?
2. Wie sehen die zeitlichen Perspektiven hinsichtlich eines Umzugs der Polizeiinspektion Germersheim aus?
3. Wann wird nach den derzeitigen Plänen der Landesregierung der Umzug abgeschlossen sein?
4. Welche baulichen Maßnahmen werden in welchem Zeitraum im Zuge des Umzugs realisiert werden?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 8. Juli 2007 wie folgt beantwortet:

Zu 1. und 4.:

Wie bereits in der Antwort zur Kleinen Anfrage 2973 vom 6. Februar 2006<sup>\*)</sup> ausgeführt, kann das derzeitige Gebäude der Polizeiinspektion Germersheim den polizeilichen Ansprüchen nicht mehr vollständig gerecht werden. Trotz umfangreicher Baumaßnahmen mit erheblichem Kostenaufwand für Sanierung und Ertüchtigung würde sich keine optimale Unterbringungssituation erreichen lassen. Der Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB) hat vor diesem Hintergrund das zuvor von der Katasterverwaltung genutzte Gebäude in der Friedrich-Ebert-Straße 5 als neues Dienstgebäude für die Polizeiinspektion Germersheim vorgeschlagen. Da dieses Gebäude den Flächenbedarf nicht decken kann, ist zur sachgerechten Unterbringung der Dienststelle neben baulichen Anpassungen, Modernisierungs- und Wärmedämmungsmaßnahmen die Errichtung eines Anbaus erforderlich. Die Landesregierung befürwortet grundsätzlich diese Vorschläge. Eine endgültige Bewertung der in der 27. KW vom LBB vorgelegten Planungen kann jedoch erst nach detaillierter Prüfung der Unterlagen erfolgen.

Zu 2. und 3.:

Nach Überprüfung der Planungen sowie Einigung über die zukünftigen Nutzungsentgelte rechnet der LBB mit einer Zeit von rund neun Monaten für die Bauvorbereitung und ca. zwölf Monaten für die Bauausführung. Anschließend könnte ohne Zeitverzug der Umzug der Polizeiinspektion in das neue Dienstgebäude erfolgen.

In Vertretung:  
Roger Lewentz  
Staatssekretär

---

<sup>\*)</sup> Hinweis der Landtagsverwaltung:  
Siehe Drucksache 14/5009.

